

**Was Deutsche Einheit heute heißt:**

**Einheit und Zusammenhalt**

**durch gleichwertige**

**Lebensverhältnisse in ganz**

**Deutschland**

## **Was Deutsche Einheit heute heißt: Einheit und Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland**

Am 9. November 2019 wird es 30 Jahre her sein, dass die Friedliche Revolution in der DDR die Mauer hinwegfegte. Dieses Symbol der SED-Diktatur ist damit bereits länger Geschichte, als sie stand. Genauso lange bemühen sich die Deutschen in den alten und den 1990 wieder erstandenen Ländern Ostdeutschlands, die Folgen von 40 Jahren deutscher Teilung und der sozialistischen Diktatur zu überwinden. Die Bürger der neuen Länder sind weit überwiegend Gewinner der Deutschen Einheit. Hinter ihnen liegt ein schwieriger, oft mit persönlichen Opfern verbundener, aber vor allem bewundernswerter Veränderungs- und Aufbauprozess. Nach einer Generation markiert das Auslaufen des Solidarpakts II mit dem Jahr 2019 einen neuen Abschnitt. Das ist für uns Anlass, das Erreichte zu bilanzieren und politische Ziele neu zu bestimmen.

Auch wenn die 40 Jahre DDR für einen wachsenden Anteil der Bürger nur noch Geschichte oder verlassene Erinnerung ist, wirkt sie auf vielfältige Weise nach. Die wirtschaftliche Leistung hat sich mehr als verdoppelt und ist mit jener vieler Regionen in Frankreich oder Großbritannien vergleichbar, doch sie liegt noch immer ein Drittel unter jener der westdeutschen Länder. Zwar gibt es in ganz Deutschland strukturell stärkere und schwächere Regionen. Doch gehören die im Westen häufiger zu den stärkeren und im Osten häufiger zu den schwächeren. Das ist ein entscheidender Unterschied. Die Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, steuerstarke große Unternehmen sind eine Seltenheit. Viele Regionen Ostdeutschlands haben mit Abwanderung und Überalterung zu kämpfen. Im Lohngefüge und bei den Alterseinkommen bestehen Unterschiede fort. Die jetzt in die Rente gehende Generation spürt bereits die Folgen des Transformationsprozesses nach 1990. Erschwerend kommt hinzu, dass der Angleichungsprozess seit über zwölf Jahren stagniert. Ein unterstützender politischer Prozess zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wäre geeignet, dagegen eine motivationsfördernde Orientierung zu geben.

Augenfällig sind Unterschiede in der politischen Kultur des Landes. So wählen rund 40 Prozent der Bürger mit der LINKEN und der AfD linke und rechte Flügel- und Protestparteien, deren politische Erfolge sich zu einem erheblichen Teil aus Skepsis

gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Sozialen Marktwirtschaft und dem Misstrauen gegenüber dem Sicherheitsversprechen des Staates speisen. Erlebte oder empfundene Benachteiligung, Veränderungsmüdigkeit nach einer langen Phase rasanten Wandels tragen dazu genauso bei wie das Leben unter den Bedingungen der SED-Diktatur. Eine besondere Sensibilität gegenüber Bevormundung oder kultureller Veränderung sind greifbare Ergebnisse. Prägende politische Milieus, wie sie sich auch in den alten Ländern zunehmend auflösen, sind in den neuen Ländern gar nicht erst entstanden oder schon vor Jahrzehnten zerstört worden. Insofern haben die Antworten, die wir auf die politische Kultur in den neuen Ländern finden, große Bedeutung für die Zukunft unseres Landes insgesamt. Dies gilt nicht zuletzt für Programm, Struktur und damit die Attraktivität der CDU als Volkspartei.

Die CDU Deutschlands hat sich als Partei der Deutschen Einheit seit ihrer Gründung beharrlich für die Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt. Sie hatte 1989/1990 maßgeblichen Anteil an der völkerrechtlichen Absicherung und Ausgestaltung der Einheit. Sie hat den Aufbau Ost und die Vollendung der inneren Einheit konsequent vorangetrieben und sieht sich in der Verantwortung, Ziele und Wege für die Zukunft zu benennen. Als einzig verbliebene Volkspartei ist es ihre besondere Aufgabe, Spaltungen in der Gesellschaft und im Land zu überwinden.

Deutschlands Stärke ist seine regionale Vielfalt, die im Föderalismus einen idealen staatsrechtlichen und politischen Rahmen hat. Deutsche Einheit ist immer Einheit in Vielfalt. So wenig wie es „den Westen“ gibt, gibt es „den Osten“. In längerer historischer Perspektive relativiert sich der Einfluss von 40 Jahren Teilung und Sozialismus. Ältere und nachhaltigere Prägungen, der Unterschied zwischen Stadt und Land oder der Wandel ganzer Landstriche durch das Aufblühen oder Absterben von Wirtschaftszweigen sind mindestens ebenso bedeutsame Bestimmungsfaktoren des regionalen Selbstverständnisses. Gleichwohl bleiben 40 Jahre Teilung und Sozialismus eine Erfahrung, die sich nicht abstreifen lässt. Dazu gehört auch die Wertschätzung für Deutschland als politische und Kulturnation. Denn darauf gründete die Hoffnung vieler Menschen auf Freiheit und Demokratie. Dieses nationale Bewusstsein ist ein Erbe, das wir für die großen Integrationsaufgaben fruchtbar machen sollten, vor denen Deutschland steht.

Alles Bemühen kann sich daher nie auf gleiche, sondern muss sich auch in Zukunft auf gleichwertige Lebensverhältnisse richten. Den entsprechenden Handlungsbedarf soll eine von Bund, Ländern und Kommunen im September 2018 gebildete „Gemeinsame Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse“ ermitteln. Eine Generation nach dem Fall der Mauer ist die Zeit für eine Politik nach Himmelsrichtungen abgelaufen. Die Fragen zur Deutschen Einheit umfassen heute auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft, zwischen Stadt und Land, den unterschiedlichen Regionen sowie zwischen den Generationen und die Chancen auf beste Bildung. Allerdings betreffen einige Problemstellungen, die für ganz Deutschland existieren, Ostdeutschland in besonderer Weise. Dabei geht es um Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Repräsentanz, aber auch um Respekt. Folgenden Aspekten gilt unsere besondere Aufmerksamkeit:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland setzen voraus, dass überall im Land jedermann Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Sport und Kultur hat und die Daseinsvorsorge durch eine zeitgemäße Infrastruktur abgesichert ist.
- Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Interessen der Familien mit Kindern und der Älteren. Investitionen in wohnortnahe Kindergärten und Schulen, die Absicherung medizinischer und pflegerischer Dienste überall im Land, ein bedarfsgerechter öffentlicher Nahverkehr und eine bessere Anbindung von Mittelzentren an den Bahn-Fernverkehr sind wesentliche Voraussetzungen für die Attraktivität von Regionen, auch im ländlichen Raum.
- In einem ergänzenden „Zukunftstest“ sollen für jede Region des Landes wirtschaftliche Perspektiven aufgezeigt oder entwickelt werden, die so überzeugend sind, dass Bürger dort auch für sich selbst eine Zukunft sehen. So kann der Abwanderung aus ländlichen Räumen eine positive Sicht entgegengesetzt und der Druck auf die Ballungszentren gemildert werden.
- Eine Voraussetzung dafür sind verlässliche und ausreichend leistungsfähige Glasfaser- und Mobilfunknetze an jedem Ort. Die Mitfinanzierungsregeln müssen so geändert werden, dass alle Kommunen sie nutzen können. Von den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Modellregionen für den 5G-Mobilfunkstandard sollen mindestens zwei in Ostdeutschland liegen.

- Zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist eine gesamtdeutsche Strukturförderung erforderlich. Dabei muss die weitgehend flächendeckende Strukturschwäche in den neuen Ländern in der finanziellen Fördermittelausstattung berücksichtigt werden. Neue Herausforderungen, etwa durch den energie- und klimapolitischen Strukturwandel, müssen berücksichtigt werden. Die Finanzierung regionaler Projekte soll durch die überjährige Bündelung von Regionalfördermitteln erleichtert werden.
- Eine wesentliche Säule der Strukturförderung muss die Unterstützung von Forschung, Innovationen und Wachstum sein. Instrumente wie die Hightech-Strategie 2025, der „Pakt für Forschung und Innovation“ (PFI) und das Programm „Wandel durch Innovationen in der Region“ (WIR) sowie das Förderprogramm „Innovationskompetenz“ (INNO-KOM) wollen wir fortlaufend auf ihren Nutzen für die kleinteilige ostdeutsche Wirtschaft evaluieren und ausbauen. Im Rahmen der KI-Initiative der Bundesregierung sollten zwei KI-Transferzentren in den neuen Ländern angesiedelt werden.
- Das Programm „WIR“ entwickeln wir zum zentralen Instrument für Regionen mit besonderen Herausforderungen durch den Strukturwandel. Es soll in Ost und West wirken und dazu in der Mittelausstattung verstetigt und finanziell deutlich aufgestockt werden.
- Wir wollen moderne Lernorte der Weiterbildung und des technologischen Transfers auf den Weg bringen. Von dieser Entwicklung sollen besonders Berufsschulzentren profitieren, um damit die duale Ausbildung zu stärken und junge Fachkräfte in den Regionen zu halten. Dazu sollen Bund und Länder Investitionen in die technische Ausstattung und Kooperation mit der akademischen Forschung und Lehre fördern.
- Mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz steht der Fahrplan für die Angleichung des Rentenwertes bis 2024 fest. In den Blick rückt seither, dass die Erwerbsbiographien zahlreicher Ostdeutscher durch den wirtschaftlichen Anpassungsprozess nach 1990 beeinträchtigt worden sind. Dafür brauchen wir eine eigenständige Lösung. Zudem arbeiten wir an der Einführung einer Grundrente, die für alle zehn Prozent über der Grundsicherung liegen soll. Die Grundrente kommt denjenigen zugute, die ein Leben lang gearbeitet haben. Kindererziehungs- und Pflegezeiten werden dabei einbezogen, die Verschonungsregeln für selbstgenutztes Wohneigentum wollen wir verbessern. Wir werden sicherstellen,

dass die Rentnerinnen und Rentner in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen von der zügigen Einführung der Grundrente profitieren.

- Die ostdeutschen Länder zahlen jährlich ca. drei Milliarden Euro für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR. Der Bund will schrittweise einen höheren Anteil dieser Kosten übernehmen. Die Übernahme soll zügig erfolgen, denn so werden die Haushalte der ostdeutschen Länder von Leistungen entlastet, für die sie nicht zuständig sind, und es werden Mittel für Notwendiges frei, um zusätzlich in Bildung, innere Sicherheit und den weiteren Aufholprozess investieren zu können.
- Bei der Ausgestaltung der EU Förderung von 2021 bis 2027 ist darauf zu achten, dass die demographische Lage als ein Faktor gewürdigt wird, der die Innovations- und Wachstumsfähigkeit beeinträchtigt. Bei der Agrarförderung muss den Besonderheiten der Agrarstrukturen in den neuen Ländern Rechnung getragen werden, damit die Region z. B. wegen der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe nicht benachteiligt wird.
- Die Bekämpfung von Grenzkriminalität bleibt auch im Osten ein wichtiges Thema. Die Bundespolizeidirektionen in Ostdeutschland müssen personell gestärkt werden. Zudem ist die Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien bei der Bekämpfung der Grenzkriminalität weiter auszubauen.
- Der Fachkräftebedarf, auch in den ostdeutschen Ländern, lässt sich nicht allein durch, aber auch nicht ohne Zuwanderung decken. Das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz soll einen wesentlichen Beitrag leisten, diese Zuwanderung in geordnete Bahnen zu lenken und gedanklich, rechtlich und politisch sauber vom Flüchtlingsschutz zu unterscheiden.
- Die Akzeptanz von Zuwanderung setzt voraus, dass illegale Zuwanderung wirksam unterbunden und der Flüchtlingsschutz auf anerkannte Flüchtlinge begrenzt wird. Personen ohne Bleiberecht müssen zurückgeführt werden. Wer als Fachkraft zuwandert oder als Flüchtling bleibeberechtigt ist, muss die Leitkultur des Landes verinnerlichen und sich integrieren. Das wollen wir durch Landesintegrationsgesetze und -maßnahmen unterstützen.
- Die Integration der Gesellschaft und der innere Zusammenhalt des Landes werden auch dadurch gefördert, dass der Staat in seinen Institutionen und Repräsentanten anwesend und im Alltag der Menschen vor Ort greifbar ist. Dies schließt die kommunale Ebene ein und ist auch durch die virtuelle Präsenz des Staates in der

digitalen Gesellschaft nicht ersetzbar. Behörden, Einrichtungen und Institutionen des Bundes und der EU sollen so lange in Ostdeutschland ihren Sitz nehmen, bis ein der Einwohnerzahl entsprechender Anteil erreicht ist.

- Ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Deutschland lebt im ländlichen Raum. Nach allen Vorausberechnungen ist Ostdeutschland abseits des Ballungsraums Berlin besonders von der schleichenden Entleerung ländlicher Räume betroffen, beziehungsweise bedroht. Wir fordern eine „Gesetzesfolgenabschätzung ländlicher Raum“ für alle Gesetzgebungsvorhaben und die Einrichtung von Modellregionen, in denen Instrumente für Zuzug und Perspektiven in diesen Regionen erprobt werden können, vor allem im Planungs- oder Baurecht.
- Gerade vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten im ländlichen Raum und der vor einer Generation neu gewonnenen Freiheit, Gesellschaft und Politik mitzugestalten, muss in den neuen Ländern der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Eine gesellschaftliche getragene und unterstützende Anerkennungskultur ist hierfür die Grundlage.
- Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „Zweiten deutschen Diktatur“ unterstützen wir auch in Zukunft durch die gezielte Förderung von Forschungsverbänden zur Wirkung von SED und Staatssicherheit. Die Ergebnisse sollten in der Öffentlichkeit diskutiert und verbindlich in die Lehrpläne aller Schulformen in allen Ländern aufgenommen werden.
- Ostdeutschland ist der Teil unseres gemeinsamen Vaterlandes, der im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen in Folge erlebt hat. Die entsprechenden Orte des Erinnerens müssen als Mahn- und Gedenkstätten und als Lernorte der Demokratie erhalten bleiben, saniert und mit modernen Ausstellungen ausgestattet werden. Dies gilt besonders im Hinblick auf die oben beschriebene politische Kultur in den neuen Ländern. Die im Jahr 2019 auslaufenden Unrechtsbereinigungsgesetze sollen entfristet werden.
- Viele, die in der DDR politisch verfolgt worden sind, leiden noch heute unter Traumatisierungen, aber auch unter körperlichen Folgeschäden. Neben der Entfristung der Rehabilitierungsgesetze soll aus einem Teil des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO) ein Härtefallfonds gebildet

werden. Aus ihm können Betroffene unterstützt werden, für die bestehende Entschädigungsleistungen nicht ausreichend sind.

- Im Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament, in Erinnerung an 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 70 Jahre der doppelten Staatsgründung und Teilung Deutschlands und 30 Jahre Friedliche Revolution in der DDR, soll das Jahr 2019 zu einem Jahr der demokratischen Selbstvergewisserung und des Nachdenkens über den Weg unserer deutschen Nation im gemeinsamen Europa werden.